

**Gewerkschaften und Sozialdemokratie.**

Der zweite Vorsitzende des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes August Winnig veröffentlicht in sozialdemokratischen Blättern, wie in der „Schwäb. Volkswacht“ und im Karlsruher „Volkshaus“, im Sinne des Correspondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften ein Bekenntnis zur Politik des 4. August 1914, an der die Gewerkschaften festhalten würden, was immer die sozialdemokratische Partei beschließen mag. Winnig erklärt:

„Vor allem können die Gewerkschaften eines nicht, nämlich tatenlos zusehen, wie die Minderheit darauf hinarbeitet, die Gewerkschaftsmitglieder auf ihre Seite zu bringen. Denn die Sache der heutigen Minderheit kann nie und nimmer die Sache der Gewerkschaften sein. Die Wortführer der Minderheit haben den Gewerkschaften immer mit a blehnendem Mißtrauen gegenübergestanden. Die Gewerkschaften haben sich seit einigen Jahrzehnten daran gewöhnt und damit abfinden müssen, daß sie jeden Fortschritt in ihrem Wesen und ihren Methoden ohne und oft gegen diese Gruppen von Genossen durchsetzen mußten. Ob es sich um den Ausbau des Unterstützungswesens, ob es sich um die Annahme der tariflichen Regelung des Arbeitsverhältnisses handelte, immer stießen sie auf Argwohn und Widerstand derjenigen Parteigenossen, die wir heute im allgemeinen als die Wortführer der Minderheit sehen.“

Nach Ansicht von Winnig ist der Minderheit in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion der Kampf, die Opposition, die Kritik das höchste; was danach folgt, läßt sie wohl nicht kalt, ist aber für sie sehr viel weniger wichtig.“ Winnig stellt eine offizielle Erklärung der Gewerkschaften in Aussicht, indem er schreibt:

Die Gewerkschaften werden mit Nachdruck aussprechen, daß sie keine andere Politik als die der heutigen Mehrheit gutheißen und unterstützen können. Sie werden das tun, weil sie müssen. Gewiß werden sie es der Partei überlassen, auf ihrem Parteitage das Urteil über die bisherige Politik zu sprechen und die Richtlinien der künftigen Politik zu ziehen. Aber gleichviel, wie diese Entscheidungen fallen mögen — sie können die Gewerkschaften nicht zu einer grundförmlich anderen Haltung bewegen.

Die Hauptsache aber: Wie werden sich die Gewerkschaften in Zukunft zur sozialdemokratischen Partei stellen! Winnig erklärt:

Fraglich ist nur — und nur darum geht die Entscheidung —, wie sich das künftige Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften gestalten wird. Eine Rolle zu spielen, wie sie die Wortführer der Minderheit den Gewerkschaften zumuten, dazu haben diese sicherlich keine Neigung. Der Sieg der Minderheit würde die Gewerkschaften höchstwahrscheinlich zwingen, in parteipolitischen Fragen völlige Enthaltsamkeit zu üben und aus sich selbst heraus Methoden und Organe zur Vertretung der Arbeiterinteressen in Gesetzgebung und Verwaltung zu entwickeln.

Der Gewerkschaftsführer Winnig lehnt also eine Bevormundung der Gewerkschaften durch die sozialdemokratische Partei deutlich und bestimmt ab.

**Der Ausschluß des Abg. Liebknecht aus der Anwaltschaft** wird in der „Deutschen Juristenzeitung“ gefordert. Dort wird auf Grund mehrerer Anfragen, auch von deutschen Rechtsanwältinnen, an die Anwaltskammer und an den Ehrengerichtshof für Deutsche Rechtsanwälte die Frage gerichtet, ob im Interesse des Ansehens der deutschen Rechtspflege ein Mann wie Karl Liebknecht noch weiter als deutscher Rechtsanwalt angesehen werden kann. Man könne nicht einwenden, daß Liebknecht lediglich unter dem Schutze der Immunität gehandelt hat. Denn auch außerhalb des Parlaments hat er „in der gefährlichsten Stunde des Vaterlandes so stark gegen dessen Interessen gehandelt, die Landesverteidigung derartig erschwert, damit unseren Feinden Mut gemacht, die Gefahr der Verlängerung des Krieges, wie das neueste Manifest der französischen Sozialdemokraten ergibt, heraufbeschworen und er, der sich für den Apostel des Friedens hält, dadurch eine so schwere Blutschuld auf sich geladen, daß kein Billigdenkender Liebknecht als einen für seine

Ueberzeugung leidenden Märtyrer ansehen wird, wenn das Deutsche Reich dem die Ausübung hoher Rechte verweigert, der die Uebernahme der damit verbundenen Pflichten schroff ablehnt.“

**Gegen den Abg. Zubeil.** Die sozialdemokratische Kreisversammlung des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg nahm am Sonntag nach einem Referat des Abgeordneten des Kreises, Zubeil, der seine Beteiligung an der Sonderaktion der Zwanzig begründete, mit großer Mehrheit folgende Resolution an: „Die Vorstandskonferenz des Kreises Teltow-Beeskow kann sich mit der Sonderaktion der 20 Genossen nicht einverstanden erklären. Sie hätte vielmehr erwartet, daß Parteigenossen in so hervorragender Stellung ihre ablehnende Haltung zu den Kriegskrediten durch Verlassen des Saales Ausdruck gegeben hätten, entsprechend den Traditionen und Fraktionsbeschlüssen. Die Konferenz hält den Bestand sowie die solidarische, d. h. die allein Erfolg versprechende Betätigung jeder Organisation für unmöglich, wenn es jedem Mitgliede oder Funktionär der Partei gestattet sein würde, nach eigenem Willen den Beschlüssen der Mehrheit entgegen zu handeln.“